

Mitteilungsblatt 19.07.2019

FDP-Landesparteitag verabschiedete Beschluss über die Stadt der Zukunft – Gedanken aus der Liberalen Runde März flossen mit ein

In der Liberalen Runde März diskutierte die FDP Hirschberg über die Stadt der Zukunft und präsentierte Anregungen zur Problematik Arbeiten, Wohnen und Leben in der Stadt der Zukunft. Nun war das Thema auch Gegenstand des Leitantrags zum Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg, an dem Ortsverbandsvorsitzender Andreas Maier als Delegierter teilnahm.

In dem programmatischen aus dem Leitantrag hervorgegangenen Beschluss des Landesparteitages fanden auch mittels Änderungsanträgen des FDP-Kreisverbandes Rhein-Neckar und der FDP-Kreistagsfraktion mit ihrer frisch wiedergewählten Vorsitzenden Claudia Felden eingebrachte Gedanken aus der Diskussion in der Liberalen Runde März ihren Niederschlag.

So ist ein zentraler Punkt des Beschlusses, mehr Grün (z.B. auch Begründung von Blühstreifen am Straßenrand), in die Ortskerne und Innenstädte zu bekommen und so auch insektenfreundlicher zu werden.

Wichtig ist aber auch die individuelle Mobilität. Dies bedeutet einerseits die Stärkung des ÖPNV, aber auch die Möglichkeit, Einkaufsmöglichkeiten in Ortskernen und Innenstädten mit dem Auto erreichen zu können, selbst wenn das eigene Auto Diesel tankt. Durch eine gute Erreichbarkeit von Ortskernen und Innenstädten wird auch das Wohnen auf dem Land attraktiver.

Ein liberales Mittel gegen den Wohnungsmangel stellt die Beschleunigung von standardisierten Bauvorhaben sowie eine generelle Entbürokratisierung bzgl. Bauvorschriften dar. So muss die Aufstockung von Supermärkten zur Schaffung von Wohnraum erleichtert werden. Bauen muss generell billiger werden. Eine Möglichkeit ist z.B. der Einsatz von Fertigmodulen.

Keine Option sind für die FDP Instrumente wie die Mietpreisbremse oder die Enteignung von Wohnungen. Hierzu betonte der wiedergewählte Landesvorsitzende Michael Theurer, MdB in seiner Rede, dass eine Verknappung des Wohnraums, die durch die Mietpreisbremse aufgrund unrentabler Vermietung gefördert werde, gerade keine positiven Effekte auf den Wohnungsmarkt zu erwarten sind. Auch wolle die FDP kein Volkseigentum, sondern ein Volk von Eigentümern. Enteignungen zu Gunsten des Staates, der kein besserer Unternehmer als Private sei, führten in die falsche Richtung.